

Initiativantrag
der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
Unterstützungspersonal an Pflichtschulen

Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung im Rahmen der laufenden Gespräche zur Bildungs- und Schulverwaltungsreform für die Bereitstellung von pädagogisch unterstützendem Personal an den OÖ Pflichtschulstandorten einzutreten, und eine deutliche Verminderung der administrativen Tätigkeiten von Pädagoginnen und Pädagogen zu erwirken, damit das Lehrpersonal sich bestmöglich auf die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern konzentrieren kann.

Begründung

Im internationalen Vergleich sind Österreichs Schulen mit pädagogisch unterstützendem bzw. administrativem Personal nicht gut ausgestattet, verglichen mit dem OECD/EU-Durchschnitt verfügen andere Staaten über weit bessere Voraussetzungen. Diesen Umstand beschreibt die TALIS-Studie 2008, die Österreich als Schlusslicht der 17 untersuchten OECD-Länder ausweist. Im Rahmen dieser Studie wurde auch deutlich, dass an 70 Prozent der österreichischen Schulen die Unterrichtsarbeit der Lehrerinnen und Lehrer durch einen Mangel an unterstützendem Personal beeinträchtigt wird (OECD-/ EU-Schnitt: 47 Prozent).

Damit Pädagoginnen und Pädagogen sich bestmöglich dem Unterricht und der Lernbegleitung widmen können, brauchen unsere Schulen mehr Support durch unterstützendes Personal wie z.B. Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und Betreuungslehrerinnen und Betreuungslehrer. Die Lebensprobleme vieler Kinder überlagern häufig den Unterricht, oftmals sehen sich Lehrerinnen und Lehrer außer Stande, auf die psychischen und sozialen Probleme der Kinder einzugehen und gleichzeitig den Unterrichtsstoff lehrplanmäßig zu vermitteln, die Kinder individuell zu fördern und zu fordern.

Je rascher Hilfe und Unterstützung angeboten wird, desto effizienter und nachhaltiger können Probleme gelöst werden. Zudem fehlt auch im administrativen Bereich Unterstützung, und so werden viele Verwaltungstätigkeiten auf die Pädagoginnen und Pädagogen abgewälzt.

Umso wichtiger ist es, dass man sich bei den derzeit laufenden Gesprächen zur Bildungs- und Schulverwaltungsreform einerseits auf die dringende Bedeutung der Bereitstellung von pädagogisch unterstützendem Personal verständigt, und andererseits auf eine deutliche Verminderung der bürokratischen Verwaltungstätigkeiten von Pädagoginnen und Pädagogen.

Linz, am 4. November 2014

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Wageneder, Buchmayr

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stelzer, Manhal, Priglinger, Aichinger, Astleitner, Pühringer, Weinberger, Hingsamer, Langer-Weninger, Hüttmayr, Dörfel, Frauscher

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor